



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

25 (16.1.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213426](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213426)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung vom 10 bis 14. Januar 1924: 30 Goldpf. Die monatliche Verrechnung ist bei evtl. Änderung der wöchentlichen Verhältnisse nachweislich werdende Preisänderungen anzuerkennen. Postnachnahme Nummer 17640 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim L. A. — Geschäftsstellen: Neckarstr. 10, Bad. Hofstr. 6, Fernstr. 16, 7041, 7042, 7043, 7044, 7045, 7046, 7047, 7048, 7049, 7050, 7051, 7052, 7053, 7054, 7055, 7056, 7057, 7058, 7059, 7060, 7061, 7062, 7063, 7064, 7065, 7066, 7067, 7068, 7069, 7070, 7071, 7072, 7073, 7074, 7075, 7076, 7077, 7078, 7079, 7080, 7081, 7082, 7083, 7084, 7085, 7086, 7087, 7088, 7089, 7090, 7091, 7092, 7093, 7094, 7095, 7096, 7097, 7098, 7099, 7100.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per einwöchentliche Zeitspanne für 10malige Anzeigen 0,40 Goldmark. Bei 1,50 Goldmark für 10malige Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Veranlassung übernommen. Höhere Gewinne, Strafen, Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinem Erhöhen. Bei der Ausgestaltung oder bei Beschränkung der Anzeigen oder bei verspäteter Aufnahme von Anzeigen. Auftr. d. Fernstr. ohne Gewähr. Geschäftsstellen Mannheim.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Pfalz bleibt deutsch!

Clive in Mannheim

Eine machtvolle und eindrucksvolle Kundgebung

Der englische Generalkonsul Clive in München, der im Auftrage seiner Regierung bekanntlich die Pfalz bereist, um sich von der dortigen separatistischen Bewegung zu überzeugen, hat dem Wunsch der pfälzischen Bevölkerung entsprochen und hat im Parkhotel in Mannheim, wo abgehalten war, die berufenen Vertreter der Pfalz zu einer Kundgebung empfangen. Unter den Vertretern sämtlicher Wirtschaftskreise, der Pfalz, der Arbeitgeber und sämtlicher Gewerkschaften, der Vertreter sämtlicher politischen Parteien der Pfalz, einschließlich der Kommunisten und der Vertreter der Presse waren das Oberhaupt der katholischen Kirche der Pfalz, Bischof Dr. Gebhart in Speyer und der Präsident des protestantischen Landeskirchenrats der Pfalz, Dr. Fleischmann, erschienen, um dem englischen Generalkonsul die durch den separatistischen Terror in der Pfalz geschaffene Lage auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu schildern.

Viele Tugenden übertrug die Teilnahme der pfälzischen Bevölkerung an der Kundgebung die Bedeutung der Notabelnversammlung der Pfalz am 18. Mai 1919, die damals einmütig die sogenannte von dem französischen General Gerard unterstützte „freie Pfalz-Bewegung“, die dasselbe Ziel wie der jetzige Separatismus verfolgte, abgelehnt und dadurch den französischen General Gerard gestützt hat. Die Kundgebung gab ein erschütterndes Bild der Distanz, die das Pfälzer Volk unter der Separatistenherrschaft ertragen muß und zeigte, daß sich die Separatisten nur durch den Schein des französischen Protektorschutzes für die Pfalz, des General de Weh, und seiner Bezirksbelegierten in der Pfalz erhalten konnten und ihre Gewalttätigkeiten gegen den einmütigen Willen der weitaus pfälzischen Bevölkerung aufrecht erhalten können.

Besonders tiefen Eindruck machte die Erklärung eines Arbeitervertreters, daß 99,9% der pfälzischen Bevölkerung den Wunsch in die Pfalz hineingetragen Separatismus auf das schärfste verurteilen und nie und nimmer die unklaren Elemente, die die Regierung mit Gewalt angesetzt haben, als Führer anerkennen würde. Noch nie und in keinem Punkt, so sagte der Pfälzer Arbeiterführer, ist das pfälzische Volk so einsig gewesen, wie in keiner Abwändlung des Separatismus. Es war ein bedeutungsvoller Augenblick von historischer Bedeutung, als die berufenen Vertreter des Pfälzer Volkes, als Erster der Bischof von Speyer und der Präsident der protestantischen Kirche, sich spontan zum Zeichen der Zustimmung für Isolation.

Kundgebung

Die berufenen Vertreter sämtlicher Weltanschauungen aller politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbände der Pfalz erklärten dem Herrn englischen Generalkonsul Clive als dem Vorkämpfer der Regierung Großbritanniens, daß sich die pfälzische Bevölkerung auch unter den fürchterlichsten Drangsalen der Gewalttätigkeit der sogenannten separatistischen Regierung als einer Horde fanatischer, stillos minderwertiger Elemente niemals beugen wird. Nur durch die direkte Unterstützung der Separatisten durch die französische Besatzung wurde diese Gewalttätigkeit gegen eine wehr- und waffenlose Bevölkerung möglich.

Im Namen der Menscherechte und des Selbstbestimmungsrechtes einer kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Bevölkerung von 800 000 teutonischen Pfälzern bitten wir den Herrn Vertreter der britischen Nation, sich bei seiner Regierung dahin wirken zu lassen, daß unserer Pfalz wieder der Rechtsboden der deutschen und bayerischen Verfassung, des Versailles Vertrags und des Rheinlandabkommens geben wird und die Bevölkerung der Pfalz von der separatistischen Tyrannie und Verflüchtung befreit wird.

Clive ist dann gestern vormittag, wie schon kurz berichtet, in die Pfalz abgereist, um dem französischen Oberdelegationen für die Pfalz, General de Weh, einen Besuch abzustatten. General de Weh hat eine kleine Anzahl Pfälzer zu diesem Besuch zu sich geladen, jedoch nicht in der Erwartung, daß diese Pfälzer unter dem Druck seiner Anwesenheit einen für die französische Politik günstigen Bericht über die Zustände in der Pfalz geben.

„Die Pfalz will keine Autonomie!“

Unter dieser Überschrift nahmen gestern die „Pfälzische Rundschau“ wie auch ihr Beiblatt, der „Generalanzeiger“, in schärfster Weise Stellung gegen die Sonderbündler. Nach einer kritischen Würdigung der unseligen politischen Wirksamkeit des aus dem Leben gerissenen Führers und Gründers der pfälzischen Autonomisten, Franz Josef Heinz, wird in einem Beitrag die Gewalttätigkeit der Urapatoren, die bis zur Beschlagnahme und Stilllegung der Zeitungsbetriebe gehende Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, die Erpressung angeblich freiwilliger Anerkennung der neuen Regierung von den Landgemeinden, die Ausweisung der nicht fanatischen Beamten und die Störung des wirtschaftlichen Lebens vor aller Welt, insbesondere den in der Pfalz weilenden ausländischen Pressevertretern festgelegt und zum Schluß Wiederherstellung des Zustandes gefordert, wie er durch das Rheinlandabkommen und durch den Versailler Vertrag garantiert ist.

Am Anhang an diese Artikel folgt die Veröffentlichung einer Reihe von Protesten.

An der Spitze steht ein Protest sämtlicher pfälzischer wirtschaftlicher und religiöser Verbände der Pfalz. Diese schließen sich rückhaltlos dem Protest der pfälzischen Bevölkerung gegen die Separatisten, der der Rheinlandkommission überreicht wurde, an. Insbesondere machen sie sich folgende Forderungen zu eigen:

1. Wiederherstellung der deutschen Verwaltungsrechte und unabhängiger Gerichtsbarkeit. — 2. Versammlungs- und Pressefreiheit. — 3. Freiheit der Person und des Eigentums. — 4. Rückgängigmachung aller separatistischen Gewaltmaßnahmen. — 5. Entlassung der Separatisten und Wiederbesetzung der deutschen Behörden und der Polizei. Weiter wird ein Einspruch der Rheinlandkommission gegen die bisher auf Antrag der autonomen Pfalz bei ihr amtlich eingetragenen Verordnungen verlangt.

Weiter wird in den beiden Blättern des Protestes der Kultusgemeinden der Pfalz heftige Konzeptionen geäußert. Anschließend folgt ein Protest des Stadtrats und der Beamtenschaft von Landau an dem am 11. Januar durch Soldaten des Rheinlandkommandos erfolgte Verhaftung zweier städtischer Beamten. Der Stadtrat und die Beamten drohen bei Wiederholung eines solchen Vorganges mit Einstufung ihrer Tätigkeit.

Die Separatisten haben wegen dieser Artikel mit der Leitung des Geschäftshauses der beiden Blätter und der Beschlagnahme der erschienenen Nummern geantwortet. Das gleiche Schicksal ist aus denselben Gründen dem „Pfälzischen Kurier“ in Neustadt zuteil geworden.

Die Pfalzfrage vor dem Oberhaus

Im Oberhaus nahm gestern Lord Curzon das Wort zu einer Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zur Pfalzfrage. Die separatistische Bewegung in Rheinland und in der Pfalz sei keine Volksbewegung, sondern würde von gewissen unerfreulichen Elementen inszeniert. Die englische Regierung habe über das Standhalten, daß energische Maßnahmen gegen derartige Umtriebe ergriffen seien. England habe gegen die Anerkennung der Verordnungen der autonomen Rheinlandkommission protestiert, da die Rheinlandkommission überhaupt noch nicht das Recht habe, zur innenpolitischen Gestaltung Deutschlands Stellung zu nehmen, sondern nur dazu da sei, um über die Sicherheit der Besatzungstruppen zu wachen. Frankreichs Widerstand gegen eine englische Enquete in der Pfalz durch den zuständigen englischen Konsul sei unbearbeitet.

Verhaftungen und Ausweisungen

Der Vorstand des Finanzamtes Frankenthal, Obersteuerungsrat Rippe und der Landgerichtsrat Krebber wurden von den Separatisten verhaftet und ausgewiesen, ebenso der schon einmal verhaftete und wieder freigelassene zweite Bürgermeister Kunz. Die Verhaftung erfolgte als Herold für die Pfalz, daß in der Nacht vom 12. auf 13. Januar die separatistische Pfalz vom Bezirksamtsgebäude herantrottel und zerschoss. Ueber die Stadt Frankenthal wurde von 1410 Uhr abends bis 5 Uhr morgens die Verkehrshemmnisse verhängt.

Sonderbare Berichterstattung

Das „Echo du Rhin“ vom 14. 1. bringt einen Bericht über die Franzosen für den von der Volkspartei gerichteten Vertreter Heinz-Orbis, in dem jedoch verschiedene Irrtümer zu sehen sind. Die Weh eine Ansprache hielt und den Vertreter Heinz als einen „wahren Freund Frankreichs“ feierte. Dagegen bemerkt sich das „Echo du Rhin“ die Separatisten als von nationalistischen Elementen aus Kaiserslautern und Birmensfeld herbeigeführt. Weiterhin erzählt sich das „Echo du Rhin“ die Behauptung, daß die Anordnung des Bischofs von Speyer, Dr. Gebhart, die Kundgebung der katholischen Geistlichen von der Kanzel zu verlesen, auf die Inflation des mit Rohr und Lössen befreundeten Kardinals Faulhaber zurückzuführen sei. In der Tat, ein vorzüglich unterrichtetes und wahrheitsliebendes Blatt!

Der Frankensturz

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde der Antrag des Abg. Vauquois auf sofortige Anhörung einer Interpellation über die Devisenfrage nach teilweise lebhafter Debatte mit 288 gegen 189 Stimmen auf Donnerstag vertagt. Der Antrag wurde von dem Finanzminister und dem Abg. Taitinger, der eine ähnliche Interpellation angefündet hatte, unterstützt, während die Sozialisten, die das Sinken des Franken als unmittelbare Folgen der Verleugungspolitik der Kammer bezeichneten, auf sofortiger Diskussion des Antrags bestanden. Die Kammer-Sitzung vom Donnerstag wird mit großer Spannung erwartet. Man erwartet selbst in amtlichen Kreisen, daß die Frage des Frankensturzes jetzt eine Regierungsfrage geworden sei. Es ist zu erwarten, daß die Gegner des Kabinetts Poincaré einen scharfen Angriff unternehmen werden.

Die Lage in Offenburg

Offenburg, 16. Jan. (Eg. Ber.) Die französische Hauptwache, die seit der Besetzung der Stadt im St. Andreasgebäude am Fischmarkt untergebracht war, ist gestern abend aufgelöst worden. Der Posten vor dem Gebäude, wie berichte vor dem Bezirksamt wurden eingezogen. Das Bezirksamt hat gestern keine Tätigkeit wieder aufgenommen. Wie jetzt von zuverlässiger Seite wieder, haben sich um die Rückkehr der Offenburger Ausgewiesenen besonders der Erzbischof von Freiburg und der päpstliche Delegat Testa bemüht.

Die bayerische Denkschrift

Ein paar großdeutsche Randbemerkungen von Richard Baß

In der „Bayerischen Staatszeitung“ ist zur Erläuterung und Empfehlung der Verfassungsdenkschrift dieser Tage zu lesen gewesen: „Bayer hat es immer als seine Aufgabe betrachtet, zum Gedeihen und zur Erhaltung des deutschen Nationalstaates nach Kräften beizutragen.“ Die Denkschrift selber bietet sich freilich allzusehr zurückhaltend an. Sie ist einfach mit der Bismarckschen Schöpfung ein. Sie schildert ihre Verfasser, von denen man behaupten darf, daß es vornehmlich Juristen gewesen seien, als den selbigen Ursprung der Natur, aus dem erst der Sündenfall von Weimar uns vertrieben. Zugabe, daß man von ihnen immer ein besseres Verständnis nicht verlangen darf. Vielleicht brauchen sie wirklich nicht zu wissen, daß Bismarck gern mehr genommen, die Zentralgewalt schon reicher ausgestattet hätte, wenn bei dem damaligen Stand der Dinge — die deutsche Heere in Feindesland, der Krieg noch lange nicht beendet, dazu das wirtschaftliche, nennenswerte Hin und Her zwischen München und dem Hauptquartier — mehr zu erreichen gewesen wäre. Der Zustand der Stunde gebot schnelles Handeln und so ließ sich Bismarck an dem begnügen, was er noch einigermassen gutwillig bekam, in der Hoffnung, daß Deutschland wieder reiten können, sofern er es nur in den Sattel setzen hätte.

Aber die Autoren der Denkschrift zeigen sich leider auch auf dem eigenen juristischen Felde schlecht beschlagen. Sie tragen auf die Restitutio in integrum an: das Reich soll wieder in federative Bundesstaaten sich auflösen (nebenbei: was Lippe je souverän? Was es selbst Bayern? Souverän ist nur, wer das Recht hat, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, allege Herrlich von Teutoburg zu lehren), die auf dem Weg von Bundesverträgen sich zusammenschließen und zugunsten der so geschaffenen Gemeinschaft auf einen Teil ihrer Staatsgewalt, der jener schlechthin unentbehrlichen, verzichten. Haben die Herren das Problem wirklich bis zu Ende durchgedacht? Den „ewigen Bund“ von 1871 schloßen die deutschen Fürsten und freien Städte. Wer soll, abgesehen davon, daß es ein freies Spiel mit der Existenz des Reiches wäre, seine Reichsgewalt von einem Kongress der Bundesvertreter von heute abhängig machen, die nun diesen künstlich schließen? Die Denkschrift und ihre Abolitionisten und die seit der Weimarer Revolution sprechen immerfort von einem „bayerischen Volk“. Ehemals, wenn Wilhelm II. einen der ob solcher Gunst sehr erschauenden Lehrenten Bismarck aufsuchte, pflegten beim unausweichlichen Beamtentum Ost und Westgeber umschichtig ihre „Völker“ leben zu lassen. Wilhelm II. trat auf das bayerische Volk, Friedrich August auf das preussische. Wir haben damals förmlich die Lippen geküßelt: uns schien das ein höchster Wohlwille und gegenseitlich zugleich imminiert der deutschen Gegenwart und des lebenden und lebenden Einheitsimpulses. Soll der alte Anfang denn niemals werden? Es gibt (und das ist in manchem Belang uns Glück und Reichtum) zwischen Ost- und Nordsee und Alpen eine Anzahl deutscher Stämme, aber es gibt nur ein deutsches Volk.

Es ist eine Binsenmaxime, daß die Weimarer Verfassung, indem sie ein wenig läßt, der Zukunft die Bahn zu weisen unternehme, den unsere Tage bewegenden Kräften nicht durchaus gerecht geworden ist. Mehr noch ist dann vielleicht von der Praxis der gesetzgeberischen, wie im Schilde der Nachrevolution, der Gewalttätigen, verfahren worden. Man hat den Rangel an Exekutive, der vorhanden ist und eine schwebende Stelle bleibt am Reichskörper, durch eine wahre Reglementierung auszugleichen versucht, die aller Orten sich eindringt und überall Verwirrung schieft, ohne wesentliche zu wirken. Die Finanzreform misfiel dem schmerzlichen Ueberbau, die im Winter 1919 auf 1920 Erzherr durchführte, zeigt die nämliche verwegene Leichtfertigkeit, wie die meisten Schöpfungen des tragisch-schönen schwebenden Land und sicher wäre, nahezu von jedem politischen Standpunkt, es ein Ziel aus innigste zu wünschen, wenn wir Kulturpolitik und Kulturpflege in weiserem Ausmaß als bisher den Ländern übertrögen könnten: kein Gebiet eignet sich mehr zur Dezentralisation. Aber dort man das wirklich? Der ungemein unerschöpfliche Herr Wahrenbrecher nennt diese bayerische Forderung schlechthin unheilvoll. Ihre Verwirklichung könnte in Wahrheit bedeuten, daß überall, wo Einkommen und Ansehen einzußen und das Land in eine geistige Wüste wandeln. Immerhin: über manche der bayerischen Graomino wird verhältnismäßig mühseliger Einverständnis zu erzielen sein, ehe daß man deshalb das Reich von Grund auf neu zu bauen brauche. Es lauern Gefahren hinter solchen Neubau, die auch die schwärmerischen Bestimmungen der Reichsreform nicht fortzuschaffen vermögen. Rahzu durch zwei Jahrhunderte pflegten die ständischen Südschwaben, die man nun die Schweizer heißt, zu erklären: sie kämpfen nur gegen die Habsburgerische Landeshoheit, doch das Reich wünschen sie zu halten für und für. Dann, nach dem Loser Frieden von 1490, waren sie plötzlich vom Reichsverbande ausgegliedert und 1648 blieb nur noch förmlich zu registrieren, was längst eine schmerzliche Tatsache geworden war.

Auf den Westfälischen Frieden, nicht auf Bismarck, führen die Ideengänge der bayerischen Denkschrift zurück. Im Münster und Osnabrück wurde unter französischer Patronanz jene „staatliche Selbständigkeit“ geboren, die das Reich in ein totes Gefüge souveräner Kleinstaaten zerteilte und es zum Tummelplatz für den Ehrgeiz der Großmächte werden ließ. Demals sind die Territorialfürsten zu „Herren der Seele des Staates“ geworden. Aber dem Reich ging über ihren neuen Privilegien, dem jus foederis und dem jus perpetuus der Lebensboden aus. Es scheint fast, als ob in den (vielleicht bewußt unklaren) Wendungen über Beherrschung und die auswärtige Politik die Denkschrift auf ähnliche Überitäten anspiele. Dann würde bessere Vergangenheit aus den Gräbern aufrufen und von neuem weg- und ausfristole Dummheit zum Schicksal der Deutschen werden. Nicht weil sie von Natur so ungleich geschelter wären, haben Franzosen und Engländer durch Jahrhunderte eine planvolle und stetige Politik treiben können. Wohl aber, weil sie, bevor der Kampf um den Vorrang im europäischen Staatenstern begann, geschlossen, von einheitlichen Willen befreit, Nationalstaaten hatten bilden dürfen. Ein französischer Historiker, Albert Sorel, hat davon hingewiesen, daß der alte Zeitpunkt, der in Frankreich dem förmlichen Absolutismus den Sieg brachte, in Deutschland die Herrschaft der feudalen Gewalten besiegelte. Stiller galt in Frankreich der Bund eines Großten mit dem Ausland als Hoheitsrecht und Verbrechen an der Nation, in Deutschland aber bedeutet er eines der wichtigsten reichsständischen Rechte.

Es ist kein Zufall, daß unter den Eindrücken der bayerischen Denkschrift auch das Altpreussentum sich bewegt. In der Tat würden in dem Augenblick, wo man die bayerischen Kleinstaaten in vollem Umfang erneuern wollte, auch die preussischen Ansprüche auf die Präbivalrechte kaum zurückzuziehen sein. Der Rahmen des derzeitigen Reichsverbandes freilich müßte darüber gesprengt werden.

Einladung Dr. Schachts nach Paris

Der erste Sachverständigenausschuß hat beschlossen, den Reichspräsidenten und Währungsminister Dr. Schacht auszufordern, einer der nächsten Sitzungen beizuwohnen, um Auskunft über verschiedene auf die Währungsfrage bezügliche Fragen zu erteilen, die, wie der Bericht besagt, noch der Klärung bedürfen.

Gegen unerwünschte Vermittler

Im Hinblick auf die bisher Verhandlungen Arnold Reubers, die die Gefahr seien, daß noch andere, die ebenfalls nicht berufen und nicht beauftragt sind, das deutsche Volk in solchen Schicksalsfragen nach außen zu vertreten, als ob sie die Pfalz betreffen, richtet die Reichsstaatsrat der Deutschen Volkspartei an die Reichsregierung die Anfrage, ob sie geneigt sei zu wirken, ob auf dem Wege der Behörde oder in einer anderen wirksamen Weise ein in Konkurrenz mit den Regierungsverhandlungen erfolgte Verhandeln von hierzu nicht beauftragten Privatpersonen mit offiziellen Vertretern der auswärtigen Politik verhindert oder erschwert werden kann.

Die Tagesanfrage der demokratischen Reichsstaatsrat in Dresden ist gestern beschlossen worden. Die Erklärungen für Reichstag soll nun doch erst am 26. Januar in Berlin erfolgen. Zur Anwohnenaufwertung wurde ein Beschlus gefaßt, der sich für eine kritische Aufwertung unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Schuldners ausspricht.

Es ist eben nicht anders; das Bismarckische Reich ist ohne die Fürsten...

Die Beratungen in Berlin

Die Deutschnationale Partei der Reichsregierung zur Revision der...

Die 'Mündungs-Ausgaben' der 'Abendzeitung' aus Berlin...

Der Hinfelderprozess

wird einer der größten Prozesse werden, der seit langem ein...

Oberleutnant Kriebel, der militärische Leiter des Hinfelder...

Ein Attentatsplan auf Seefeld?

Eine merkwürdige Verschwörung

Die heutigen Berliner Morgenblätter berichten, daß gestern...

Die Blätter betonen, daß sich erst nach Abschluß der Ermittlungen...

Man wird aus allem schließen dürfen, daß einwirken noch...

Die Lüge von den abgeschlittenen Kinderhänden

Die Skrupellosigkeit der französischen Propaganda

Paris, 16. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die...

Am Sarkophag des Tutanchamen

Es ist bereits gemeldet worden, daß man nach mühsamen...

Am 3. Uhr trugen alle in das Grab hinab. Es war ein Augen...

men, die Entziehung des Instituts der Zensur und ihre Tätigkeit im...

'Die Zensur leistete unzweifelhaft gute Dienste, aber sie hätte...

Die englische Thronrede

Der König eröffnete gestern das neu gewählte Unterhaus mit...

Die letzte Reichskonferenz hat einen sehr entscheidenden...

Im Laufe der Abreise

lodge Ramsay MacDonald, die Lage Europas glüht dem...

Blond George lagte im Namen der liberalen Partei, er...

Der Reichsausschlag der Arbeiterpartei

Unter dem Vorsitz MacDonalds fand gestern eine Sitzung der...

Die Umtriebe der Kommunisten

Paris, 16. Jan. (Von unsem. Berliner Büro.) Aus Anlaß...

Königsberg, 16. Jan. Die Verweigerung gemeiner...

Badische Politik

Zur Vereinfachung der Staatsverwaltung

Ueber die Frage, ob im Zusammenhang mit dem allgemeinen...

Das Staatsministerium und die Parteien der Koalition...

Letzte Meldungen

Japan von einem neuen Erdbeben heimgeführt

Yokohama, 16. Jan. Ein neuer heftiger Erdbeben hat heute...

London, 16. Jan. Das Zentralobservatorium teilt mit, daß...

London, 15. Jan. Neuer meldet aus Porto Legos, die...

Fünfte musikalische Akademie

Generalmusikdirektor Richard Berts Vortragsfolgen sind auf...

Der ist Frau Heinrich Sibyl? Nun, ein heute durch...

Aus dem Lande

Schwehingen, 15. Jan. Der hiesige Verein für gemeinnützige Zwecke (Berkehrsverein) beabsichtigt der Bad. Regierung in einer Denkschrift Mittel und Wege zu zeigen, um den durch den Personabbau bedrohlich gewordenen Verfall unseres Schloßgartens und seiner Baudenkmäler zu verhindern und anzuführen, den Schloßgarten wieder in seinen schönen Zustand wie vor dem Kriege zu bringen. Der Berkehrsverein erwirbt sich durch seine tätige Initiative um die Erhaltung des Schloßgartens große Verdienste. Wir zweifeln nicht daran, daß seine Bestrebungen, an denen alle Schwehinger und alle guten Badener Interesse haben müssen, von Erfolg gekrönt sind.

Karlsruhe, 13. Jan. Am Freitag drang ein Dieb in die in der Dillstraße gelegene Wohnung einer Kleinbauerswitwe ein, um dort zu schlafen. Der Täter verlor die Frau mit einem stumpfen Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf und brachte ihr einige Verletzungen bei. Ein der Tat verdächtiger Mann konnte alsbald in der Person eines Arbeiters aus Wöllschbach festgenommen werden. Dieser wird außerdem vom Amtsgericht hier zur Erziehung einer viermonatigen Gefängnisstrafe und von der Staatsanwaltschaft mit dem Hausverbot in Florshelm wegen Diebstahls und Hehlerei geschickt. Am 12. Januar wurde in den frühen Morgenstunden ein Hilfsarbeiter von Straßburg von einem Polizeibeamten im Besitze eines größeren Quantums noch nasser Wäsche betreten, die er kurz zuvor in der Weststraße, wo sie zum Trocknen aufgehängt war, entwendete. Der Dieb wurde festgenommen. Der Polizei gelang es, einen Kellner von Babel, der in Bärenbach einen Koffer mit Halsbellen, seinen von hohem Werte unterliegenden hat und damit flüchtig ging, hier festzunehmen. Ein großer Teil der unterliegenden Sachen konnte wieder beigebracht werden.

Florshelm, 14. Jan. Auf der Bahnstraße nach Birkenfeld hat sich ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, von einem Eisenbahnzug überfahren lassen und wurde auf der Stelle getötet.

Daher, 14. Jan. Ein Zopfabschneider treibt hier kein Unwesen. Er hat an einem der letzten Abende einem 14jährigen Mädchen, das sich in Begleitung seines Vaters befand, beide Köpfe abgeschritten. Eine Witwe wollte sich mit ihrem 16jährigen Sohn durch Beugnis vergiften. Da Hilfe bald zur Stelle war, so konnten beide ins Leben zurückgerufen werden. Der Grund zu dem Selbstmordversuch dürfte in Nahrungsjorgen zu suchen sein, der Sohn war erst vor wenigen Tagen aus seiner Stelle entlassen worden.

Berichtszeitung

Strassammer Mannheim

Mannheim, 15. Jan. (Straßammer III.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Bischof; beisitzende Richter sind die Landgerichtsräte Dr. Beyer, Rott, Dr. Kohler, Dr. Arnold. Vertreter der Staatsanwaltschaft ist Dr. Silberstein.

Der 21jährige Legehühner Peter Schnabel von Schwehingen gehört zu den Schindlern, die den Deuten im vergangenen Herbst alles Blau vom Himmel herab versprochen und nichts gehalten. Einer Familie versprach er die Beforgung von Mehl, der anderen Kartoffeln, der dritten Frucht usw. Er ließ sich auch gleich einen entsprechenden Vorbehalt geben, denn ohne Geld kann man auch nichts verlangen. Die Leute haben aber weder ihr Geld noch ihre Ware erhalten, dafür mardert der Betrüger heute auf fünf Monate hinter schwebliche Gardinen.

Wethers Hausbesitzer hätte sich nicht schon gedregert über die Verunreinigung seines Hauses durch Mistanschlag oder Bemalung mit Anstrichen, wie man sie namentlich in Zeiten des Wahlkampfes an jeder Hauswand sehen konnte. Der verheiratete 29 Jahre alte Schuhmacher C. Schwarz aus Rammeln gehört zu den Gemeinften, denen das Feinleben der Häuser Freude macht. Mit zwei andern noch nicht festgestellten Personen und unter Zuhilfenahme eines Schablonenmalers, er im letzten Herbst die Häuser mit der Aufschrift: Arbeiter, bewaffnet Euch! Der Staatsanwalt beantragte gegen den unerwünschten Anstreicher und Hausverunreiniger 8 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über den Antrag hinaus und verurteilte den Schwarz wegen „Aufreißens zum gewalttätigen Klassenkampf“ zu einem Jahr Gefängnis. Vielleicht kann Schwarz dort seine Kunst besser verwerten. Wir bezweifeln aber, daß er dort auch freiwillig Nacharbeit verrichtet. Der Antrag des Verteidigers, R. Dr. Pfeiffenberger, auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Der 23 Jahre alte „Kaufmann“ August Adolf Schmitt aus Birkenfeld hat nach seiner Jugend eine Reihe von Betrügereien auf dem Kerbholz. Er kam aus dem Dalles nicht heraus, rief ein Loch auf, um das andere damit zu verstopfen, bis er schließlich seinen Ausweg mehr fand. Da er gerne kauft, gab er sich schließlich als Autokäufer aus, dem unterwegs das Auto defekt wurde, das besch. liegen gelassen werden mußte. Auf diesen beiden Taten baute er sich Geld zu verschaffen. Auch mit andern Ausreden war Schmitt sofort bei der Hand. Mit seinen Betrügereien legte er u. a. auch den hiesigen Theaterdirektor R. Hreim. Der Hreimlegte wurde wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein Berliner Citratprojekt

Der auch nach Mannheim herübergeplott, endete mit einer empfindlichen Niederlage Siegfried Jacobsohns, des Herausgebers der kommunistisch-popolitischen „Weltbühne“. Jacobsohn hatte in seinem Entlassungsbericht gegen R. v. Beder, den aus dem Ged.-Projekt bekannten Herausgeber des „Revolutionärs“ verkehrliche Angriffe geleistet. Beder hatte antwortete mit einem gütigkeitsvollen Artikel „Das Rätsel vom Kurfürstentum“ und suchte den Weltbühnenprojektor zur Widerlage zu zwingen. Aber Jacobsohn mußte das Zustandekommen des Termins zu verhindern und mußte schließlich zwangsweise von einem Kriminalwachmeister vorgeführt werden. Beder hat gegenwärtig für literarische Diebstahlsfälle, für die Korruption seines Anwalts und für die Einzelheiten seines politischen Gesinnungswechsels an, unter wela letzteren die Urkunden über Jacobsohns Reklamationsbemühungen während der Kriegszeit allerlei Aufschlüsse auch über das Wirken anderer Bekanntheiten der Roderberrepublik erbringen sollten. In der Verhandlung, in der u. a. die bekannte Schauspielerin Maria Fein als Zeugin erschien, wurde dann Siegfried immer heulauer. Das eigentlich literarische Gebiet, das den Hintergrund der Klage bildet, wurde sehr bald verlassen und Herr Jacobsohn mußte sich sehr viele Dinge sagen lassen die nicht gerade Schönheitsheile waren. Worte wie: „unlautere journalistische Handlung nur zu Propagandazwecken“ ließen hochgehend auf Jacobsohn nieder. Er gab denn schließlich auch zu, daß er mehrfach in ungerechtfertigter Weise verschiedene Personen angegriffen habe und konnte nicht behaupten, daß er wegen solchen Vorgehens auch schon mit Ohrläutchen ausgepeinigt worden sei.

Jacobsohn verfuhrte sich damit herauszureden, daß einer seiner Mannheimer Gewährsmänner, durch den er Urkundungen über seinen Vorgehensgegner erhielt, ihm berichtet habe. Beder habe einmal in einem Polizeiverfahren vor Gericht die Unwahrheit gesagt. Darum habe er sich mit dem Richter nicht auf eine Stufe stellen wollen. Darüber belehrt, daß diese merkwürdige Aussage in der Tat irrtümlich sei, erklärte Jacobsohn, daß er nunmehr seine eigene Aussage vor dem Gericht dadurch beweisen werde, daß er auf keinen Angriff eines solchen Gewanners irgendwem antworten, sondern sich verurteilen lassen werde. Er ließ auch dabei, als er von der Gegenfrage darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Fragen ihm unter Eid beizubringen werden, er werde „vollständig darauf aus die Ober Wahrheit zu bringen“ abzuschnellen. Der Vorlesende hätte nicht die Mühe die Ruhe im Saale zu bewahren, denn als Jacobsohn behauptete, er habe niemals etwas gegen eine Überzeugung geäußert, sprang der Schriftsteller Franz Pfeiffenberger auf und rief laut: „Er läßt doch, er läßt bemerkt!“ Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe. Ergänzung der Strafe des Verlesens und Falschheit des Urteils. In der Begründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der betragliche Vorbehalt, der Angeklagte habe keine Angriffe gegen den Richter mit besserem Willen geschrieben, doch habe sich der volle Beweis hierfür nicht erbringen lassen.

Aus Handel und Industrie

Die Goldbilanzen

Der durch seine Stellung in der Bankwelt sowohl wie durch seine Sonderarbeiten auf dem einschlägigen Rechtsgebiet bekannte Geschäftsinhaber der Berliner Disconto-Gesellschaft Dr. Gustav Sintenis wendet sich in der Januar-Nummer des „Bank-Archiv“ mit Entschiedenheit gegen die Goldbilanzierungs-Verordnung. Er bemängelt die ungenügende Heranziehung von Sachverständigen vor Erlaß der Verordnung und sieht den Zeitpunkt für ein derartiges Gesetz als noch nicht gegeben.

Dr. Sintenis hält es für unpraktisch, daß eine so wichtige, keineswegs einer besonderen Beschleunigung bedürftige Vorlage aufgrund des Ermächtigungsgesetzes gewissermaßen im Eilzugtempo abgefertigt wurde. Sollten für diese schleunige Behandlung steuerliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein, so hätte die in der zweiten Steuernotverordnung geforderte Bewertung des gesamten Vermögens genügt. Wenn aber der innere Grund für die schleunige Verabschiedung der Verordnung darin zu sehen sei, daß hierdurch eine Grundlage für die Ertragsermittlung des neuen Geschäftsjahres gefunden werden sollte, so sei nicht einzusehen, wozu es der Umstürzung aller Grundlagen des Aktienrechts bedürftig hätte; Vorschriften über die Errechnung des Ertrags hätten genügt. Sei endlich das Motiv über die Einführung von Goldbilanzen der Wunsch, die Grundsätze der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit gegenüber dem „Schwindel“ mit den phantastischen Papiermarktziffern zu Ehren zu bringen, so sei es doch sehr fraglich, ob der Zeitpunkt für die obligatorische Einführung von Goldbilanzen schon gekommen sei.

Die Rentenmark sei gegenwärtig der sog. Goldmark gleich, sei aber doch nur eine inländische Zwischenwährung als Übergang zu der endgültigen, in ihrer Gestaltung noch gar nicht überschaubaren Goldwährung. Die Zugrundelegung der Goldmark sei besonders fehlerhaft, weil es zwar Papier- und Rentenmark-, Dollar-, Frank-, Pfund- und Guldenkonten gebe, aber keine Goldmarkkonten.

Zur Aktivseite bemerkt der Verfasser: Für Grundstücke lasse sich eine vernünftige Bewertung zurzeit überhaupt noch nicht aufstellen, geschweige denn für städtische Häuser. Ebenso würde ein völlig schiefes Bild entstehen, wollte man für Fabrikgebäude mit ihrer maschinellen Einrichtung und dem sonstigen Inventar die Einstandspreise in Gold zugrunde legen. Man wisse nicht, inwieweit man diese Anlagen zu Buch stellen könne, solange ihre Rentabilität völlig in der Luft schwebt. Die gleiche Schwierigkeit ergebe sich bei der Einstufung der Waren und Effekten, deren Bewertung gerade in der letzten Zeit vielfachen Schwankungen ausgesetzt gewesen seien.

Auf der Passivseite stellten Hypotheken und Obligationen einen überhaupt nicht richtig zu bewertenden Unsicherheitsfaktor dar. Während die Aufwertung der deutschen Forderungen verboten werden sollte, werde von den Amerikanern die Valorisierung ihrer Vorkriegsforderungen beansprucht. Das Hauptbedenken läge aber in der von der Verordnung beanspruchten Umstellung des Grundkapitals auf Goldmark. Diese sei fast undurchführbar. Die Vorkriegsmark seien in Gold gerechnet nur mit winzigen Beträgen eingezahlt. Der durch diese Aktiengattung beabsichtigte Schutz des Unternehmens gegenüber Ueberfremdung würde bei Durchführung der Verordnung in Fortfall kommen. Noch schwieriger gestaltet sich die Sache bezüglich der in den Händen der Verwaltung befindlichen sog. Vorratsstammaktien. Die Hauptgefahr der Verordnung aber liege darin, daß alle das Unternehmen betreffenden Umstellungsvorgänge der breitesten Öffentlichkeit mitgeteilt werden müßten, Aufsichtsrat und Vorstand hätten zu prüfen und zu berichten, die Generalversammlung hätte zu beschließen, die Bilanz sei zu veröffentlichen, die Kapital- und Satzungsänderungen zum Handelsregister anzumelden. Die Umstellungsformalen seien ebenfalls bedenklich; zum Hilfsmittel des Kapitalwertungskontos werde man nur in Ausnahmefällen schreiten, die Vermehrung des Eigenkapitals durch neue Einlagen ließe sich nicht erzwingen.

Der Verfasser schließt mit dem Wunsche, daß die Durchberatung der Ausführungsbestimmungen mit besonderer Gründlichkeit und Sorgfalt erfolgen müsse. Sie werde vielleicht das Ergebnis zeitigen, daß die Voraussetzungen für die Umstellung der deutschen Handelswelt auf Gold noch nicht vorliegen und daß die Durchführung der vorzeitig herausgegebenen Verordnung zu vertragen sei.

Einführung des Reparatierungsvorbehalts für Rentenmark

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien hat, wie die Textil-Woche erzählt, in seinen kürzlich herausgegebenen neuen Verkaufsbedingungen den Reparatierungsvorbehalt auch bei Zahlung in Rentenmark eingeführt. Nach den neuen Konditionen hat die Zahlung effektiv in hochwertigen Devisen zu erfolgen. Soweit dies nicht zulässig ist, ist die Zahlung in einer Höhe zu leisten, die die verlust- und spesenfreie Anschaffung von 60 Prozent des Devisenbetrages durch den Verkäufer oder seinen Vorlieferanten ermöglicht. 40 Prozent des Devisenbetrages werden zum Berliner Briefkurs des Tages nach Zahlungseingang abgerechnet. Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels hat in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium erneut die Entscheidung des Kartellgerichts über die Zulässigkeit dieser Klausel beantragt, nachdem diese Konditionen nunmehr tatsächlich eingeführt sind. Der Reichsbund hat ferner das Einschreiten des Kartellgerichts gegen die in den Konditionen enthaltene Forderung eines Verzugszinsensatzes von 14,5 Prozent p. a. gefordert, da dieser Zinssatz bei wertbeständiger und kursgesicherter Zahlung weit über das Maß des Angemessenen hinausreife und zu einer wirtschaftlich nicht berechtigten Belastung des Abnehmers und des Konsums führen müßte.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörsen

Mannheim, 15. Jan. Die Börse bekundete heute schwache Haltung, besonders für Industriewerte. Es notierten (in Billionen Prozent): Anilin 23,3 G., Rheinania 10,5 G., Westeregeln 26 G., Seilindustrie 5 G. 6 B., Benz 4 G., Emailierwerke Maikammer 14 B., Waggonfabr. Fuchs 210 G., Hedderheimer 650 G., Pfalz Mühlenwerke 45 B., Pfalz Nähnmaschinen 45 G., Rheinmühlenwerke 45 B., Salzerwerk Hellbronn 100 G. und Unionwerke Mannheim 20 B., ex. Bezugsrecht. Geschäft war in Dampfesselfabrik Rodberg-Aktien zu 4, in Fahr zu 6, in Germania zu 15, rat. in Knorr zu 2,5, rat. in Braun-Konserven zu 1,75, rat. Mannh. Gummi zu 2,5, rat. Badenia zu 1,7, rat. Neckarwalder zu 6, Rheinlektro zu 6,25, Freiburger Ziegelwerke zu 2, Wassy u. Freytag zu 4,5, Zellstofffabrik Waldhof zu 10, Zuckerfabrik Frankenthal zu 6,50 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 5,50, rat. Kaufhaus bestand noch für Aktien der Mannh. Aktienbrauerei (Mayerhof), Notiz 46 bez. u. G., für Sinner zu 8 und für Schwartz Speyer zu 12.

Von morgen ab gelangen 30.000.000 neue Stammaktien 30.000 Stück zu je 1000 K. No. 70.001-100.000 der Konsolidierten Alkaliwerke in Westeregeln zum Handel und zur Notierung.

Mannheimer Handelsregister.

Zum Handelsregister B, Änderungen im Vorstand und in der Geschäftsführung: Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Mannheim: Dr. Hjalmar Schacht ist als persönlich haftender Geschäftsführer ausgeschlossen.

Mitropa-Schuh-A.G. in Mannheim: Johann Siegfried Petersen, Ladenburg, ist als Vorstandsmitglied bestellt. Albert Hirsch und Eugen Petzinger sind als Vorstandsmitglieder abberufen.

Schuhfabrik Herbst A.G. in Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist in § 5, 6 und 7 geändert. Kaufmann Ernst Frey, Mannheim, ist als Vorstandsmitglied bestellt. Walter Herbst ist als Vorstandsmitglied ausgeschlossen. Weitere Vorstandsmitglieder als zwei können nicht bestellt werden.

Nach den Außenhandelsziffern für die ersten 11 Monate 1923 hat die französische Einfuhr aus Deutschland in die Zeit 87,4 gegen 1100 Mill. Franken im Vorjahre betragen. Die Ausfuhr nach Deutschland ist im gleichen Zeitraum von 189,7 in 1922 auf 940,3 in 1923 zurückgegangen. Eine sehr beträchtliche Zunahme weist die französische Ausfuhr nach dem Saargebiet auf. Sie hat sich mit 825 Millionen nahezu verdreifacht. Die Einfuhr aus dem Saargebiet ist dagegen nur von 584 auf 640 Millionen gestiegen.

Reutherwerk, G. m. b. H., Mannheim: Gesellschaftsvertrag in § 7 geändert. Von den Geschäftsführern Dr. Fritz Reuther und Otto Boehringer, beide in Mannheim, ist jeder befugt die Gesellschaft selbständig zu vertreten.

Brauereigesellschaft Eichbaum (vorm. Hofmann) in Mannheim: Josef Grottschneider, Mannheim und Louis Rühl, Worms a. Rh. sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt. Gesellschaftsvertrag ist neu gefaßt.

Keil u. Co. G. m. b. H. in Mannheim: Hans A. Keil ist als Geschäftsführer ausgeschlossen.

Mannheimer Bank, A.G. in Mannheim: Die Prokura des Willy Roebig ist erloschen. Carl Schell, Mannheim ist als Gesamtprokurist bestellt; August Herrschel ist als Vorstandsmitglied ausgeschlossen; Bankdirektor Albert Groß, Mannheim ist als Vorstandmitglied, Bankdirektor Willy Roebig, Mannheim, als stellv. Vorstandsmitglied bestellt.

Neue Firmen:

Eintragungen zum Handelsregister A: Firma Bankkommission Franz Darmstädter in Mannheim: Inhaber Franz Darmstädter, Kaufmann, Mannheim.

Karl Schell, Holzhandlung in Mannheim: Inhaber ist Karl Schell, Kaufmann, Mannheim. Franz Schwarz in Mannheim: Inhaber Franz Schwarz, Kaufmann in Mannheim.

Änderung von Geschäftsweck oder Inhaber: C. W. Schmidt Nachf. in Mannheim: Geschäft samt Firma von Kaufmann Moritz Levi auf Kaufmann Albert Weißmann, Mannheim übergegangen, der es als alleiniger Inhaber weiterführt. Übergang im Geschäftsbetrieb begründeter Verbindlichkeiten ausgeschlossen.

Bernhard Kupfermann Nachf. Sara Brody, Möbelhaus zur guten Quelle“ geändert in: Bernhard Kupfermann Nachf. Geschäftszweig jetzt: Handel mit Möbeln und Textilwaren.

Karoline Bermann in Mannheim: Inhaber ist Karoline Bermann, ledig, Mannheim. Albert Wihler in Mannheim: Inhaber Albert Wihler, Kaufmann, Mannheim.

Alois Bechtold in Mannheim: Inhaber ist Alois Bechtold, Fabrikant, Mannheim; Friedrich Raumer-Mannheim ist als Prokurist bestellt.

Löschungen und Prokuren:

Brunner u. Schwellzer, Mannheim: Die Prokura des Wilhelm Focht ist erloschen. Eugen Wührle, Mannheim als Einzelprokurist bestellt.

C. Wilhelm Walter in Mannheim: Wilhelm Walter-Mannheim als Prokurist bestellt.

Carl Fritz u. Cie. in Mannheim: Prokura des Johann Siegfried Petersen erloschen.

Hengstenberg u. Wiemer in Mannheim: Heinrich Brandenberg in Mannheim ist Prokura erteilt. Stahl u. Gebauer in Neckarhausen: Gesellschaft aufgelöst, Firma erloschen.

Moser u. Co. in Mannheim: Gesellschaft aufgelöst, Firma erloschen.

Filialrichtungen (Eintragungen zu B):

E. Dietsche, Hutgroßhandlung, G. m. b. H., Niederlassung Mannheim, in Mannheim L. 11, 3, als Zweigniederlassung der Firma E. Dietsche, Hutgroßhandlung, G. m. b. H. in Offenburg. Gesellschaftsvertrag am 27. Okt. 1923 festgelegt. Gegenstand: Übernahme und Fortführung der bisher von dem Gründer Emil Dietsche unter der Firma E. Dietsche in Offenburg betriebenen Hutgroßhandlung. Stammkapital 4.250.000. Emil Dietsche-Offenburg, Carl Schmitt-Offenburg, Kurt Glunz-Mannheim sind Geschäftsführer, jeder für sich allein vertretungsberechtigt.

Änderung der Bedingungen der Darlehenskassen. Wie die Hauptverwaltung der Darlehenskassen mittelst, sind die allgemeinen Darlehensbedingungen der Darlehenskassen des Reiches wie folgt geändert worden. Es lauten in Zukunft: § 1: Darlehen in Beträgen von weniger als 100 Billionen 4 werden in der Regel nicht erteilt. § 5, Abs. 2, Satz 2: Auf jeden Pfandschein sind während der gesamten Dauer seines Bestehens mindestens 5 Bill. 4 Zinsen zu zahlen. § 6: Entnahmen und Teilrückzahlungen sind nur in durch 10 Bill. 4 teilbaren Beträgen statthaft.

Personalien. Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik, Ludwigshafen a. Rh. hat die bisherigen Prokuristen, Dr. Carl Immerheiser, Ludwigshafen a. Rh., Dr. Armand Siegelmann, Ludwigshafen a. Rh., zu stellvertretenden Direktoren ernannt. Ferner wurden Heinrich Brunck, Justizrat Ludwigshafen a. Rh., Dr. Eugen Frenzel, Ludwigshafen a. Rh., Dr. Albrecht Weiß, Heidelberg, Bruno Wiens, Ludwigshafen a. Rh., zu Prokuristen ernannt. Johannes Altvater, Ludwigshafen a. Rh., Jakob Frey, Ludwigshafen a. Rh., Heinrich Lederle, Mannheim, August Thoma, Ludwigshafen a. Rh., Ludwig Widmann, Ludwigshafen a. Rh., wurde Handlungsvollmacht erteilt. Prokurist Dr. Hans Frese ist auf Grund freundschaftlicher Vereinbarung mit dem 31. Dezember v. J. aus unserem Geschäfte ausgeschlossen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Württemberg. Volksbank, Alfred v. Kanitz, ein hervorragender Führer im württembergischen Wirtschaftsleben, ist im 71. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbenen gehörte auch dem Aufsichtsrat einer Anzahl badischer und pfälzischer Aktiengesellschaften an.

Waren und Märkte

London, 15. Januar (WB) Metallmarkt. (in Lat. d. engl. L. v. 1016 25)
Tabelle mit Spalten für Kupfer, Zinn, Nickel, Silber, Gold, etc. und deren Preise.

Heute nacht verschied nach langem Leiden der Gründer unserer Firma und Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Herr Fabrikant Walther Hensel

Mit unermüdlicher Arbeitskraft hat er unsere Firma aus kleinen Anfängen zu ihrer heutigen Bedeutung gebracht. Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen stets um das Wohl unserer Firma besorgten treuen Freund und Berater, dessen Andenken wir stets in hohen Ehren halten werden.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Bischoff & Hensel
Elektrotechnische Fabrik Aktiengesellschaft

Mannheim, den 15. Januar 1924.

In der Nacht vom 14. auf 15. Januar 1924 entschlief nach langem Leiden

Herr Fabrikant Walther Hensel

Herr Hensel war Aufsichtsratsmitglied unserer Gesellschaft. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Berater und werden sein Andenken in hohen Ehren halten.
Königsberg/Pr., den 15. Januar 1924.

Deutsche
Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Durch das Hinscheiden des Aufsichtsratsvorsitzenden der Firma Bischoff & Hensel Elektrotechnische Fabrik Aktien-Gesellschaft

Herrn Walther Hensel

verlieren wir den Gründer und langjährigen Leiter unserer Firma. Das Wohl der Angestellten und Arbeiter war dem Verstorbenen eine Herzensangelegenheit, und er hat es auch in schwierigen Zeiten immer verstanden, sich die Liebe und Wertschätzung seiner Untergebenen zu gewinnen. Wir werden das Andenken an den Entschlafenen in hohen Ehren halten.

Die Angestellten und Arbeiter
der
Bischoff & Hensel
Elektrotechnische Fabrik Aktiengesellschaft.

Mannheim, den 15. Januar 1924.

Nach längerem Leiden entschlief heute nacht im Alter von 54 Jahren der stellvertretende Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Herr Fabrikant Walther Hensel

Herr Hensel war der Begründer unseres Unternehmens, dem er seine volle Arbeitskraft widmete, bis sein Gesundheitszustand ihn zwang, aus der Leitung auszutreten und den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden im Aufsichtsrat zu übernehmen.

Wir bedauern lebhaft das allzu frühe Hinscheiden des rastlos tätigen Mannes, der durch seinen offenen Charakter und seine Fähigkeiten die Liebe Aller gewonnen hat, die ihm nähergetreten sind.

Wir werden das Andenken an den Verstorbenen stets in hohen Ehren halten.

Aufsichtsrat und Direktion
der
Badische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Mannheim, den 15. Januar 1924.

Un erwartet stellt uns die traurige Nachricht, dass unser fähiger Seneschal, das Mitglied des Aufsichtsrats unserer Firma

Herr Fabrikant Walther Hensel

kaufe früh aus dem Leben geschloßen ist. In dem Entschlafenen besitzen wir den Mitbegründer der Firma Bischoff & Hensel G. m. b. H., aus welcher unser heutiges Unternehmen hervorgegangen ist. In unermüdlichem Fleiß, Eifer und schlichter Einfachheit war der Verstorbenen für die Betriebsangehörigen stets ein leuchtendes Vorbild. Sein Andenken werden wir inwieweit in Ehren halten.

Die Arbeiter und Angestellten
der
Badische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

MANNHEIM, den 15. Januar 1924.

Statt Karten.

Nach schwerem, in Oeduld ertragenem Leiden entschlief sanft mein innigstgeliebter Mann, mein guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Herr Bankdirektor Kurt Hünert

im 42. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Lucie Hünert.

Frankfurt a. M., 14. Januar 1924.

Die Beerdigung findet statt Donnerstag, den 17. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr vom Portal des Hauptfriedhofes.

Kondolenzbesuche dankend verboten.

Trauerbriefe liefert schnell
Druckerel Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2

Billig und feinmännlich bekleidet werden Sie in unserer neu eröffneten

Reparaturwerkstätte für Schuhbedarf!
Damen-Sohlen u. Bl. 4.50 R., Herren-Sohlen u. Bl. 3.50 R., andere Reparaturen entsprechende Preise. Billig und geeigneten Zuspruch:
Oskar Zapf, Schuhmacher
Kopplstraße 59, parterre (fein Schuh).

Reparaturen und Neuwicklungen
an Elektromotoren für Dreh- u. Gleichstrom übernimmt in eigener Werkstätte
U 4, 23 Anton Hennhöfer Tel. 6109.

Nähgarne
für alle Verwendungszwecke zu Fabrikpreisen. Großer Posten lagernd. Verkauf nur an Großabnehmer.
Textilhandels-Ges. m. b. H.
Mannheim, G 3, 12, Telefon 9339.

1a. Benzin
zu billigsten Preisen in jeder Menge
Verkaufsstellen: 59
N 7, 7 a. Friedrichsfelderstr. 51
Wolf & Diefenbach

Alle Sorten
Speise- u. Saatkartoffeln
liefert billig aus dem Urzuchtgebiet
Wilhelm Powidzer, Kartoffel-Großhandlung
Frankfurt (Oder)
Tel. 2004. Tel.-Adr.: Strohkartoffel.

Mannheimer Kohlenhandels-Gesellschaft

m. b. H. E 7, 1. Telefon 1281. E 7, 1.

Erstklassige Bezugsquelle

für
Kohlen, Koks, Briquets und Holz.

Auch Übernahme der Entladung und Lagerung von Massengütern. 5159

Die Auszahlung des Restlohnes

erfolgt morgen Donnerstag an die in Waldhof wohnenden Arbeiter zwischen 1 u. 2 Uhr für die übrigen Arbeiter zwischen 2 und 3 Uhr in unserem Kasino.

Reutherwerk G. m. b. H.

Vermischtes.

Einmal und schließlich

Emil Nulmeyer

Q 3, 6

entfaltet 155

1a. Tempergub

Gebr. Bachert

Karlruhe 514

Uhren

alle Uhr werke ausrepariert.

A. Ringler, Uhrm. H. L. 10

neub. Wartpl. 7584

Alter Malaga

garant. echt und reib. burgfähig für Weinbe u. Brande

die Flasche Mk. 4.00.

Jaeger's Teehaus P 7, 16.

Entlaufen

Sonntag abend 1 braun und weiß gefleckter Jagdhund u. ranben braunem Halsband

Wagsgeden gegen hohe Belohnung

Belohnung 4. l. Stnd.

Engl. Bulldogge

1a Jahr alt, tigerfarbig, auf "Wald" - brenn

entlaufen.

Wagsgeden Colonnade, Waldhofstraße 2. 7567